

Warum eigentlich Wahlprüfsteine?

Als Orientierungshilfe für Wähler*innen hat die Türkische Gemeinde in Deutschland die Parteien CDU/CSU, SPD, Linke, Grüne, FDP, AfD und deren 1.779 Direktkandidat*innen zur Bundestagswahl 2017 nach ihren Positionen zu migrations- und integrationspolitischen Themen befragt.

Unser Ziel als Türkische Gemeinde in Deutschland ist es, möglichst viele Bürger*innen mit türkischer bzw. allgemein mit Migrationsgeschichte zum Wählen zu mobilisieren. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass gleichberechtigte Teilhabe aller und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Vielfalt ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen.

Wie geht es weiter?

Die Wahlprüfsteine schaffen Transparenz darüber, was Wähler*innen von ihren Kandidat*innen zu erwarten haben. Nicht nur im Hinblick auf die bereits zurückliegende Wahl am 24. September, sondern vielmehr auch im Hinblick auf die Arbeit der Politiker*innen im Bundestag bzw. in der Regierung.

Alle Antworten der Kandidat*innen sowie der Parteien sind Ihnen auf der TGD-Webseite und der separaten Datenbank öffentlich zugänglich.

Kontakt:

Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.
Obentrautstraße 72
10963 Berlin
030 23 63 51 00
wahlpruefsteine@tgd.de

Daten zu den TGD-Wahlprüfsteinen:

<http://umfrage.tgd.de/results.html>



V.i.S.d.P.:

Gökay Sofuoğlu · Atila Karabörklü

Titelbild: Rawpixel.com/Shutterstock.com



Türkische Gemeinde in Deutschland
Almanya Türk Toplumunu



Die TGD-Wahlprüfsteine 2017 – in Schlagworten

Politische Teilhabe

Zielquoten in Parteien & Verwaltung, Bundespartizipations- und Integrationsgesetz, finanzielle Unterstützung von Migrantenorganisationen.

Migration & Bürgerrechte

Kommunales Wahlrecht für sog. Drittstaatsangehörige, Ministerium für Migration und Partizipation, Visavergabe Türkei, Einwanderungsgesetz, Staatsangehörigkeitsrecht.

Bildung & Soziales

Interkulturelle Öffnung in der Wohlfahrtspflege, Förderung von Mehrsprachigkeit, Diskriminierung und Bildung.

Anti-Diskriminierung

Demokratiefördergesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, NSU.

Arbeitsmarkt

Diskriminierung und Arbeitsmarkt, anonymisierte Bewerbungsverfahren.

Politik auf dem Prüfstand

Wahlprüfsteine der Türkischen Gemeinde in Deutschland zur Bundestagswahl 2017

16 Fragen · 1.779 Kandidat*innen · 760 Antworten

Gefördert vom

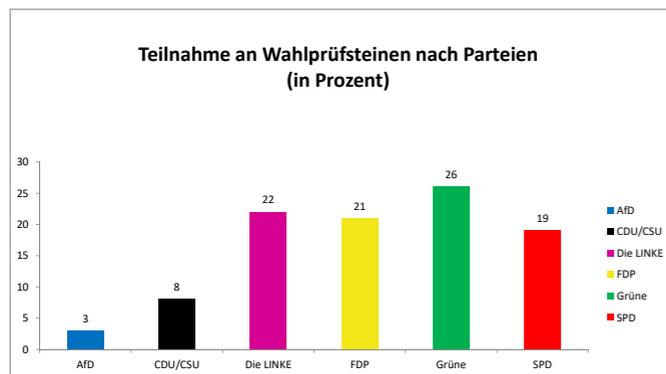


im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Wer hat teilgenommen?

760 Direktkandidat*innen von 1.779 zugelassenen Wahlkreisbewerber*innen haben an der Online-Umfrage teilgenommen. Das sind knapp 43%.



Bündnis 90/Die Grünen (Grüne):

198 Kandidat*innen

Die Linke (Linke):

171 Kandidat*innen

Freie Demokratische Partei (FDP):

163 Kandidat*innen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD):

146 Kandidat*innen

Christlich Demokratische Union Deutschlands/ Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU):

58 Kandidat*innen

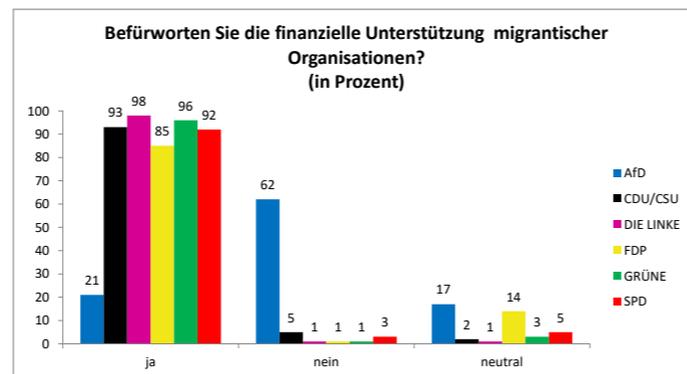
Alternative für Deutschland (AfD):

24 Kandidat*innen.

Die Parteien CDU/CSU, FDP, Grüne und Linke haben außerdem ausführliche Antworten auf die Fragen geschickt.

Beispiel: Finanzielle Unterstützung von MO

Frage: Befürworten Sie die finanzielle Unterstützung migrantischer Organisationen?

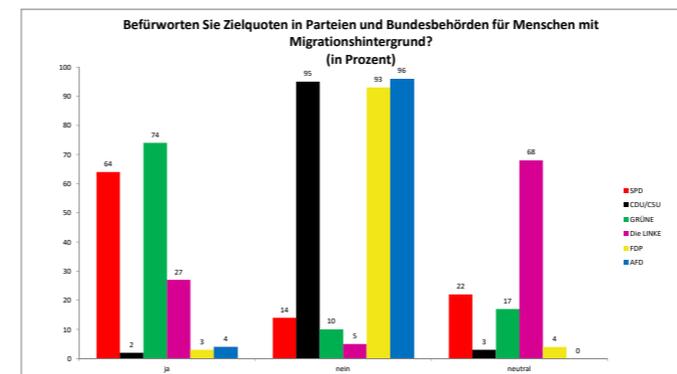


Migrant*innenorganisationen (MO) sind ein wichtiger Teil der deutschen aktiven Zivilgesellschaft. Aufgrund ihrer Expertise gehören sie mit an Verhandlungs- und Planungstische – hierzu braucht es allerdings ein hohes Level an professionellen Organisationsstandards.

Zu unserer Frage nach finanzieller Unterstützung von MO zeigt sich parteiübergreifend eine überragende Zustimmung: Zwischen 85% (FDP) und 98% (Linke) bzw. 21% (AfD). Auch die Gesamt-Antworten der Parteien bestätigen das; so möchte die FDP bspw. die Strukturförderung durch das BAMF fortführen, die SPD möchte für die Steuerung struktureller Förderung von bürgerschaftlichem Engagement eine Engagementstiftung gründen und die Grünen Migrant*innenorganisationen stärker mit Flüchtlingsinitiativen vernetzen. Die CDU/CSU erkennt und unterstreicht die „Brückenbauer“-Funktion von MOs, die oft „erste Anlaufstellen“ für Einwanderungsfamilien seien.

Beispiel: Zielquoten in Parteien & Verwaltung

Frage: Befürworten bzw. planen Sie migrantische Zielquoten in den Bundesbehörden bzw. für Ihre Partei?

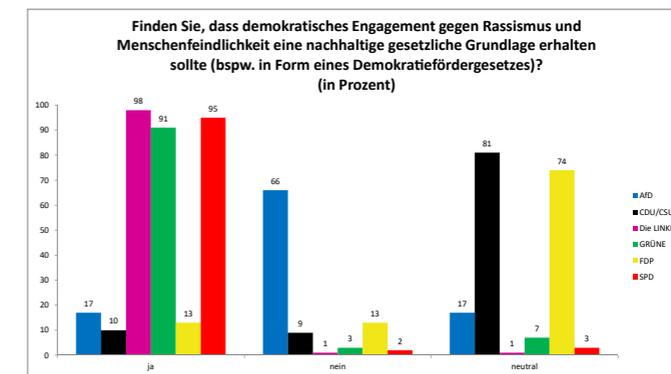


In Bezug auf die parlamentarische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund ist Deutschland ein Entwicklungsland. Sowohl auf der kommunalen als auch auf der Landes- und Bundesebene liegt die parlamentarische Repräsentation zwischen 3-6%. Berücksichtigt man, dass ca. 20% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat, dann lässt sich ein klares Demokratiedefizit erkennen. Auch in den Bundesbörden und allgemein im öffentlichen Dienst lässt sich hier ein erhebliches Defizit feststellen.

Daher fragten wir nach der Meinung zu möglichen Zielquoten in der öffentlichen Bundesverwaltung bzw. in der eigenen Partei. Es fällt auf: Die Zustimmung zu derartigen Zielquoten ist erstaunlich gering. Das Wort „Quote“ scheint eine abschreckende Wirkung zu haben, obwohl sich im Bereich der Gleichstellung von Frauen gezeigt hat, dass Quotierungen oft die einzige Chance sind, um Veränderungen herbeizuführen.

Beispiel: Demokratiefördergesetz

Frage: Finden Sie, dass demokratisches Engagement gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit eine nachhaltige gesetzliche Grundlage erhalten sollte?



Die NSU-Untersuchungsausschüsse betonen in ihren Abschlussberichten ausdrücklich die wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Einrichtungen im Kampf gegen gruppenbezogene Menschen- und Demokratiefeindlichkeit. Die TGD unterstützt die Forderung nach deren Verstärkung und Ausweitung: Denn Rechtsextremismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit sind keine Herausforderungen auf Zeit. Vielmehr geht es darum, die wichtige zivilgesellschaftliche Arbeit grundständig und nachhaltig und für alle Altersgruppen zu ermöglichen – mit entsprechender Gesetzesgrundlage. Auf unsere Frage nach einem Demokratiefördergesetz nehmen die Kandidat*innen & Parteien auffallend unterschiedlich Stellung (74% bzw. 81% von FDP und CDU/CSU neutral; SPD, Grüne, Linke mit großer Mehrheit dafür); parteiübergreifend formulieren Politiker*innen das Ziel einer diskriminierungsfreien Gesellschaft, welche ein Umdenken in der Gesellschaft erfordert. Die Einschätzung darüber, was die Politik dabei selbst tun kann und welche Instrumente und Ressourcen es dafür an Mehrbedarf, klaffen gleichzeitig stark auseinander.